

Heimischer Bundestagsabgeordneter nimmt gegenüber [Weserbergland-Nachrichten.de](https://www.weserbergland-nachrichten.de) zur erzwungenen Ryanair-Zwischenlandung Stellung:

Johannes Schraps: Ein Akt der Luftpiraterie und eine neue Dimension des Eingriffs in den internationalen Luftverkehr



Montag 24. Mai 2021 - **Berlin (wbn)**. **Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps findet klare Worte zu dem Belarus-Piratenstück.**

Nach der spektakulär erzwungenen Landung eines britischen Ryanair-Flugzeugs in Minsk und der Festnahme von Roman Protassewitsch, eines regierungskritischen belarussischen Journalisten und Bloggers, kommen die EU-Außenminister heute zu einer Sondersitzung zusammen, um über die Situation zu beraten. Der heimische Bundestagsabgeordnete Johannes Schraps, Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Belarus, äußert sich heute Abend auf Anfrage der [Weserbergland-Nachrichten.de](https://www.weserbergland-nachrichten.de) zu dem Vorfall wie folgt: „Die Landung eines Passagierflugzeugs mit militärischen Mitteln zu erzwingen, ist ein Akt der Luftpiraterie und eine neue Dimension des Eingriffs in den internationalen Luftverkehr.“

(Zum Bild: Die [Weserbergland-Nachrichten.de](https://www.weserbergland-nachrichten.de) haben am Montag exklusiv mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Schraps über den Vorfall in Weißrussland gesprochen. Foto: SPD)

Fortsetzung von Seite 1

Wenn sich staatliche Behörden terroristischer Mittel bedienen, dann darf die Internationale Gemeinschaft das nicht hinnehmen.“ „Alexander Lukaschenko hat sich bereits durch das brutale Vorgehen gegenüber Oppositionellen ins internationale Abseits gestellt. Das aktuelle Vorgehen ist erneut ein Übertreten roter Linien. Ich erwarte klare und harte Konsequenzen.“

Die Bundesregierung ist gefordert beim EU-Gipfel darauf zu drängen das bereits etablierte

Johannes Schraps: Ein Akt der Luftpiraterie und eine neue Dimension des Eingriffs in den internationalen

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 24. Mai 2021 um 19:02 Uhr

Sanktionsregime zu überprüfen und wo möglich zu verschärfen. Aufgrund der internationalen Dimension sollte das Thema auch in den UN-Sicherheitsrat getragen und dort klar verurteilt werden“, ergänzt Johannes Schraps seine entschlossene Position gegenüber den
Weserbergland-Nachrichten.de